

## Verorgungsfragen.

### Der Abbau der Preise.

Der Vorstand der demokratischen Partei des Bezirkes Winterthur macht in einer Eingabe an das eidg. Ernährungsamt in Bern darauf aufmerksam, daß in weiten Kreisen unserer Bevölkerung tiefe Erbitterung herrscht über die heutigen Zustände in unserer Lebensmittelversorgung und über verschiedene schon beschlossene oder in Aussicht stehende Maßnahmen auf diesem Gebiete.

Namentlich haben die maßlosen Preistreiberereien auf dem Schlachtvieh- und Fleischmarkte, sowie das sich hier breit machende, die Preise immer mehr in die Höhe treibende Händlerunwesen große Erregung hervor-

gerufen. Man findet es nicht nur in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in Angestellten- und Handwerkerkreisen ganz unverständlich und ungerechtfertigt, daß die Preise für so wichtige Volksnahrungsmittel wie Milch und Fleisch neuerdings erhöht werden sollen. Ein Weitergehen in dieser Richtung müßte die schon bestehende soziale Spannung aufs höchste steigern und könnte für unser Land direkt katastrophale Folgen haben. „Wir müssen darum gegen weitere Preiserhöhungen mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Dies umsomehr, als in der Industrie bereits bedeutende Arbeitseinschränkungen eingetreten sind, welche für die Betroffenen eine nicht unerhebliche Verminderung ihres Einkommens bedeuten. In voller Kenntnis dieser Tatsachen und ihrer Tragweite gelangen wir an Sie mit folgenden dringenden Gesuchen:

1. Es möge mit aller Energie von maßgebender Stelle aus dahin gewirkt werden, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel bald wieder zurückgehen, unter keinen Umständen aber mehr eine Steigerung erfahren.

2. Den unerhörten Preistreiberereien im Zwischenhandel soll unverzüglich Einhalt geboten und gegen Fehlbare mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden.

3. Sind Maßnahmen, welche für unser Volk eine Erschwerung der Lebenshaltung bedeuten, unvermeidlich, dann wollen Sie einige Zeit vor Erlass derselben die Öffentlichkeit durch amtliche Mitteilungen auch über die Gründe aufklären, welche dazu geführt haben, wenn immer möglich unter Angabe des zugehörigen Tatsachen- oder Zahlenmaterials. Dadurch würde einerseits die Möglichkeit geschaffen, daß alle Bevölkerungsschichten und Wirtschaftsprüfungsgremien dazu Stellung nehmen und eventuelle Modifikationen bewirken könnten, bevor die Verfügungen in Kraft treten. Andererseits ließe sich durch rechtzeitige sachliche Aufklärung ein großer Teil der Erregung und Erbitterung verhüten, welche oft durch falsche Orientierung und unkontrollierbare Gerüchte hervorgerufen und genährt werden.“